

zu führen. Diese Aufgabe fiel dem Unterzeichneten als seinem Vertreter zu, der schon im Ersten Weltkriege die ersten Darlehenskassen in Mittelpolen ins Leben gerufen und die Verhandlungen zur Gründung der deutschen Genossenschaftszentrale in Lodz geführt hatte, in deren Aufsichtsrat er Wegener vertrat. Aber der Entschluß zu diesen Unternehmungen und der Wille, das Angefangene auch unter großen Schwierigkeiten durchzuhalten, war der seine; er nahm die Verantwortung auf sich.

Vor diesem Hintergrund mag man auch Wegeners Leistung im Vorsitz der Historischen Gesellschaft für Posen abschätzen. Es gelang ihm, die große Bücherei der Gesellschaft zu retten und die Gefahr ihrer Auflösung auf Grund des Versailler Vertrages zu bannen. Er machte sie zum Grundstock der Deutschen Bücherei. Als sich die Möglichkeit bot, Hermann Rauschnig für die Aufgaben der Historischen Gesellschaft und für den Ausbau des deutschen Büchereiwesens in Posen und Pommerellen zu gewinnen, griff er sofort zu. Er war bereit, aus der Historischen Gesellschaft einen Mittelpunkt der deutschen wissenschaftlichen Arbeit in Polen zu machen. Sie sollte die damals noch unzulängliche Erforschung der deutschen Siedlungen des 19. Jhs. im früher russischen Raum in die Hand nehmen und der Wissenschaft im Deutschen Reich die Arbeiten der polnischen Historiker nahebringen. Die späteren Arbeiten von Kurt Lück hat Wegener in ihren Anfängen ermöglicht.

Man kann den Einfluß Wegeners auf die große Zahl seiner Freunde und die wirksamen Anregungen, die von ihm ausgingen, kaum überschätzen. Seit dem Ersten Weltkrieg hat er in Aufsätzen für den „Raiffeisen Boten“, das „Landwirtschaftliche Zentralwochenblatt“ und den „Landwirtschaftlichen Kalender“ Fragen der bäuerlichen Wirtschaft und des Deutschtums in Polen behandelt, gelegentlich auch volkswirtschaftliche Probleme, wie den Gedanken der Roggenwährung in der Inflationszeit. Zu eigener historischer Forschung fehlte ihm die Zeit. Dennoch hat er auch für sie in den Jahren von 1918—1925 viel geleistet, das der Erinnerung wert ist.

Friedrich Swart

Die ostpolnischen Gebiete nach 1945

Als im Verlaufe des Ersten Weltkrieges das polnische Volk nach langer Unfreiheit seine Eigenstaatlichkeit wiedererlangte, legten im Dezember 1919 die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte zur Abgrenzung der ethnographisch zweifellos, d. h. mehrheitlich, polnischen Gebiete gegen Osten — bis zur endgültigen Festlegung der polnischen Ostgrenze durch Vereinbarungen mit einem wieder vertragsfähigen Rußland — eine Linie fest, die im Laufe der diplomatischen Verhandlungen die (nicht ganz zutreffende) Bezeichnung der „Curzon-Linie“ erhielt.¹ Diese Linie verlief vom Schnittpunkt der ostpreußischen Grenze mit der Nordgrenze des Kreises Suwalki über Zegary-Grodno-Baranowo-Flußlauf des Swisłocz — Jałowka-Mielnik-Niemirów-Brest

1) Hierüber vgl. G. Rhode, Die Entstehung der Curzon-Linie. In: Ost-europa Jg. 5, 1955, H. 2. S. 81—92.

Litowsk — Flußlauf des Bug — bis zur Mündung der Neretwa östlich von Cholm; sie wurde später nach Süden über Sokal, Bóbrka, Stryj bis zu den Karpaten verlängert (Linie „A“).

Die Entwicklung ging über diesen Grenzvorschlag hinweg. Der für Polen unerwartet günstige Verlauf des polnisch-sowjetischen Krieges 1920—1921 brachte es dahin, daß der neue polnische Staat im Osten erfolgreich auch diejenigen Gebiete beanspruchen konnte, die nur noch polnische Bevölkerungsminderheiten aufwiesen, aber durch Jahrhunderte das Feld der politischen, volkstumsmäßigen und kulturellen Expansion Polens gewesen waren. Am 25. Sept. 1920 sah sich die Sowjetunion gezwungen, eine Grenzlinie anzuerkennen, die „bedeutend östlicher als die Curzon-Linie“ verlief. Der Waffenstillstand vom 12. Okt. 1920 legte die polnisch-sowjetische Grenze entsprechend dem damaligen Frontverlauf fest, so daß u. a. Baranowicze, Nowogródek, Łuck und Równe Polen zufielen; Wilna und Lemberg waren schon länger in polnischer Hand.

Die „Curzon-Linie“ verschwand mit dem Inkrafttreten des Rigaer Friedens vom 30. Apr. 1921 bzw. der Anerkennung der dort festgelegten Grenzlinie durch den Botschafterrat (am 15. März 1923) von der politischen Bühne (nicht jedoch aus den Erwägungen der Sowjets). Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trat sie wieder hervor, um dann allerdings größere Bedeutung anzunehmen.

Das erste Anzeichen war am 17. Sept. 1939 der Einmarsch sowjetischer Truppen bzw. das deutsch-sowjetische Grenzabkommen vom 28. Sept. 1939. Das geschlagene Polen wurde zwischen den beiden vertragschließenden Mächten ungefähr längs dieser Grenzlinie geteilt und die östlich von Bug und San gelegenen Gebiete auf Grund eines „Plebiszits“² der Sowjetunion eingegliedert (der Ukrainischen bzw. Weißrussischen Sowjetrepublik; das Wilnagebiet wurde der Litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen).

Die Neugliederung nach dem deutschen Einmarsch in die Sowjetunion Juni 1941 sei als kurzlebiges Zwischenspiel hier nur erwähnt.

Die Sowjetunion hielt an der endlich erlangten Grenze fest; für sie war hierdurch „das Unrecht des Rigaer Vertrages von 1921 . . . wiedergutmacht“.³ Bei der Konferenz von Teheran (November 1943) begründete sie ihren Anspruch auf die Grenze von 1939 mit dem Hinweise, „daß sie ethnographisch

2) Die Sowjetunion behauptete (gegenüber der Exilregierung) in einer am 11. Jan. 1944 von TASS verbreiteten Erklärung: „ . . . die Sowjetverfassung hat die russisch-polnische Grenze im Einklang mit dem von der Bevölkerung der West-Ukraine und West-Weißrußlands in einem Plebiszit ausgedrückten Willen festgesetzt, das auf breiter demokratischer Grundlage im J. 1939 stattgefunden hat.“ Ein solches Plebiszit, worunter eine Volksabstimmung zu verstehen wäre, hat nie stattgefunden. Durchgeführt wurden nur am 22. Okt. 1939 Wahlen zur „Nationalversammlung der West-Ukraine“ bzw. „Weißrußlands“ unter starkem Druck der Roten Armee. Die auf diese Weise gewählten Nationalversammlungen beschlossen Ende Oktober 1939 in Lemberg und Białystok, die Sowjetunion um Inkorporierung ihrer Gebiete zu bitten. Das wurde die Grundlage der Inkorporationsdekrete des Obersten Sowjets vom 1. bzw. 2. Nov. 1939 (vgl. B. Kuśnierz, *Stalin and the Poles*, London 1949, S. 50—55).

3) (G. Rhode-W. Wagner), *Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie*. Stuttgart 1956. S. 76.

richtig sei“⁴; sie fand hierfür die volle Unterstützung Großbritanniens und der USA.⁵ Die polnische Exilregierung konnte sich trotz allen Drängens der westlichen Alliierten⁶ und auch der Aussicht auf großzügige Kompensation durch Überlassung ostdeutscher Gebiete nicht entschließen, der Curzon-Linie mit ihrer südlichen Verlängerung („Linie A“) als Grenze zuzustimmen, da östlich davon rund 180 000 qkm = rund 45,7 v. H. des polnischen Staatsgebietes lagen.

Die mit Unterstützung der Sowjetunion in Polen selbst zur Macht gelangte Gruppe, das „Befreiungskomitee“ in Chołm, später in Lublin, hatte solche Hemmungen nicht; sie kam den sowjetischen Wünschen nach und baute beim Vorrücken der sowjetischen Armeen Polens neue Verwaltung entsprechend dem Manifest vom 22. Juli 1944 überhaupt nur in den Gebieten westlich der Curzon-Linie auf. — Endlich wurde bei der Krim-Konferenz (Februar 1945) trotz weiteren Protests der polnischen Exilregierung von den Alliierten beschlossen, daß Polens künftige Ostgrenze mit geringen Abweichungen (5—8 km) der Curzon-Linie folgen sollte.⁷

Die in Warschau entstandene „Regierung der Nationalen Einheit“ schloß unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz, die Polen den unvergleichlich größeren Landgewinn der ostdeutschen Gebiete gebracht hatte⁸, am 16. Aug. 1945 in Moskau ein Grenzabkommen mit der Sowjetunion, worin festgelegt wurde⁹:

„Art. 1) In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz soll die Staatsgrenze zwischen der Polnischen Republik und der UdSSR der ‚Curzon-Linie‘ folgen, mit Abweichung von 5—8 km zugunsten Polens in bestimmten Gebieten, entsprechend der beigefügten Karte im Maßstabe 1 : 500 000. Das folgende Gebiet soll zusätzlich an Polen abgetreten werden:

a) das Gebiet östlich der ‚Curzon-Linie‘ bis zu den Flüssen Bug und Solokija

4) W. S. Churchill, *The 2nd World War*. Bd II, S. 348.

5) Churchill, Bd II, S. 356 u. v. anderswo, vgl. Quellen. . . . S. 204.

6) Churchill, Bd II, S. 298; J. Ciechanowski, *Defeat in Victory*. New York 1947. S. 269.

7) Rhode-Wagner, *Quellen zur Entstehung der Oder-Neisse-Linie*, S. 196.

8) Bei einer Pressekonferenz am 24. Aug. 1945 erklärte B. Bierut, damals Präsident des Nationalrats: „Wenn auch die Frage der Ostgrenzen schon vor einem Jahre . . . in Verhandlungen zwischen Vertretern Polens und der Sowjetunion grundsätzlich durchgesprochen worden ist, konnte sie doch formell nicht erledigt werden, solange nicht die Frage der Westgrenzen formal geklärt worden war. . . Die Verkleinerung des polnischen Territoriums durch die Regelung der Grenzfrage im Osten mußte kompensiert werden durch entsprechende Festlegung der polnischen Westgrenze. Schon damals, als die Sowjetunion diese Frage aufwarf, war das Problem in der Weise behandelt worden, daß Polen eine entsprechende Kompensation im Westen erhalten müsse. Grundsätzlich das gleiche wurde auf der Krimkonferenz anerkannt, aber erst auf der Berliner Konferenz ist diese Angelegenheit konkreter geregelt worden“ (Quellen. . . , S. 281).

9) *United Nations Treaty Series*, Bd 10, S. 194—198 (Quellen . . . , S. 273).

sowie südlich der Stadt Krylow mit einer maximalen Abweichung von 30 km zugunsten Polens¹⁰,

b) ein Teil des Gebiets des Waldes von Białowieża, im Gebiet Niemirów-Jałowka, östlich der „Curzon-Linie“, einschließlich Niemiróws, Janówka, Białowieża und Jałowka, mit einer maximalen Abweichung von 17 km zugunsten Polens.“

Der am 14. Febr. 1946 ratifizierte Vertrag, in dem die Sowjetunion auf einen Teil der 1939 erlangten Gebiete (die größere Hälfte des Gebiets von Białystok und in Ostgalizien einen Streifen rechts des San) verzichtete, bestätigte nur den tatsächlichen Zustand. Östlich der neuen Grenze bestand bereits die sowjetische Verwaltung; auch über das Schicksal der Bevölkerung war durch die im September 1944 abgeschlossenen Umsiedlungsverträge längst entschieden.

*

Versucht man, auf Grund der erhältlichen Nachrichten¹¹ ein Bild der Entwicklung der abgetrennten Gebiete nach 1945 zu zeigen, so ergibt sich ungefähr folgendes:

Vom polnischen Staatsgebiet wurden rund 180 000 qkm Fläche¹² abgetrennt, und zwar die vor dem Krieg als „Ostgebiete“ („Kresy Wschodnie“) bezeichneten Wojewodschaften Wilna, Nowogródek, Polesie, Wolhynien, Tarnopol, Stanislaw; Teile der Wojewodschaft Lemberg und Białystok.¹³ — Nach der Einglie-

10) Diese Abänderung gegenüber der Curzon-Linie ist durch das sowjet-polnische Abkommen vom 21. Mai 1951 z. T. wieder aufgehoben. Danach fielen zwischen den Flüssen Bug und Solokija 480 qkm mit den Städten Belz, Uhnów und Warež an die SU; östlich des oberen San fielen rund 480 qkm mit der Stadt Ustrzyki Dolne an Polen. Die Bevölkerung wurde ausgetauscht. Vgl. G. Rhode, Polnisch-Sowjetischer Gebietsaustausch, Zs. f. Geopolitik Jg. XXII, 1951, S. 443—444.

11) Im wesentlichen Angaben der Sowjetpresse und der — meist darauf, kaum auf Flüchtlingsberichten fußenden — Presse der Emigration. Dazu kommt die vom polnischen Instytut Badania Zagadnień Krajowych (Research Institute for the contemporary affairs of Poland), London, herausgegebene Schrift von E. Chełchowski, Sowiecka gospodarka na ziemiach wschodnich R. P. [Sowjetwirtschaft in Polens Ostgebieten], London 1954. Die in Polen erscheinende Presse hat nach langem Schweigen 1954 begonnen, Nachrichten aus der „Sowjetukraine, Sowjetweißrußland“, d. h. über Lemberg, Wilna u. a. zu bringen; vermutlich in der Absicht (nach Wiadomości Ostatnie, Mannheim, vom 20. 6. 1954), festzustellen, wie weit sich die polnische Bevölkerung mit dem Verlust der Gebiete abgefunden hat.

12) Nach dem Referat von Dr. Leszczyński im Nationalrat wurden 180 143 qkm = 46,3 v. H. des Staatsgebiets abgetreten. (Keesings Archiv, S. 375 F.)

13) Der offiziöse, von PAT herausgegebene Rocznik Polityczny i Gospodarczy 1939 nennt für diese Wojewodschaften eine Fläche von insgesamt 202 200 qkm (54 v. H. des damaligen polnischen Staatsgebiets):

Wilna	29 800 qkm	Białystok (Teil)	15 000 qkm	Tarnopol	16 500 qkm
Nowogródek	23 000 qkm	Wolhynien	30 000 qkm	Stanislaw	16 900 qkm
Polesie	42 300 qkm	Lemberg	28 400 qkm		

Die Differenz gegenüber der als Verlust genannten Fläche von rund 180 000

derung in die Sowjetunion zerlegte die staatsrechtliche Neugliederung dieses Gebiet in drei (bzw. vier) Teile¹⁴, und zwar:

Die südöstlichen Gebiete (frühere Wojewodschaften Wolhynien, Lemberg, Tarnopol und Stanislaw) wurden der Ukrainischen Sowjetrepublik angegliedert. Sie zerfallen jetzt in sechs Bezirke („Oblasti“): Wolhynien (das Gebiet deckt sich nicht genau mit der früheren Wojewodschaft dieses Namens; z. B. gehört dazu jetzt die früher zur Wojewodschaft Polesie gehörige Stadt Kamień Koszirski, während Stadt und Gebiet von Krzemieniec jetzt zur Oblast Tarnopol gehören), Tarnopol, Stanislaw, Lemberg und Drohobycz.

Unter Verwendung der bei Th. Shabad, *Geography of the USSR*, New York 1951, S. 460, genannten Zahlen ist folgender Vergleich möglich:

Bezirk (nach Shabad)	Qu. Meilen = qkm		Woj. (nach Rocznik)	
				qkm
Stanislaw	5 400	14 040	Wolhynien	30 300
Drohobycz	4 000	10 400	Lemberg	28 400
Równe	8 000	20 800	Tarnopol	16 500
Wolhynien	7 700	20 020	Stanislaw	16 900
Tarnopol	5 300	13 780		
Lemberg	4 300	11 180		
	<hr/>	<hr/>		<hr/>
	34 700	90 220		92 100

Die nordöstlichen Gebiete (frühere Wojewodschaften Wilna, Nowogródek, Polesie, Teil der Wojewodschaft Białystok) kamen zur Weißrussischen Sowjetrepublik als „Westliches Weißrußland“ und bilden jetzt die Bezirke: Grodno, Mołodeczno, Baranowicze, Pińsk, Brest Litowsk. (Nach Pravda vom 10. Jan. 1954 sind in Weißrußland verschiedene Bezirke, u. a. Pińsk, aufgehoben und anders eingegliedert worden.)

Der nördliche Teil des Wilnagebiets: die Kreise Disna mit der Stadt Głębokie, ein Teil des Kreises Brasław und der nördliche Teil des Kreises Postawa wurden dem Bezirk Połock, also dem östlichen Weißrußland angegliedert.¹⁵

Die Kreise Wilna und Święciany, sowie Teile der Kreise Brasław, Oszmiany, Lida und Grodno (Städte: Wilna, Troki, Święciany, Podbrodzie) kamen zur Litauischen Sowjetrepublik.

Die neuen Bezirke zerfallen nach sowjetischem Muster in Rayons, die ungefähr den früheren Kreisen entsprechen.

Gelegentlich der Verwaltungsneugliederung sind zahlreiche Namensänderungen von Städten und Dörfern vorgenommen worden; z. B. wurden Żółkiew qkm ergibt sich daraus, daß von den Wojewodschaften Białystok erhebliche Gebietsteile bei Polen verblieben.

14) nach Dziennik Polski, London, Nr. 39, vom 14. 2. 1953; Chełchowski, S. 11—12.

15) Bezirk (Shabad, S. 477)

	Qu. Meilen = qkm		Woj. (nach Rocznik)	
				qkm
Pińsk	6 300	16 380	Wilna	29 800
Brest	5 200	13 520	Nowogródek	23 000
Grodno	5 000	13 000	Polesie	42 300
Baranowicze	5 300	13 780		
Mołodeczno	5 700	14 820		
	<hr/>	<hr/>		<hr/>
	27 500	71 500		95 100

(Galizien) in Nesterov, Nowa Wilejka bei Wilna in Nowo-Wileńsk, Kojdanów in Dzierżyńsk umbenannt. Dazu wurden viele der neuen Sowchos- und Kolchosbetriebe nach sowjetischen Führern benannt.

*

Die Bevölkerung des Gebietes ist zahlenmäßig nicht genau festzustellen, da von der neuen Grenzlinie eine ganze Reihe von Kreisen durchschnitten wird. Die Schätzungszahlen über den Bevölkerungsstand bei der polnischen Volkszählung vom 9. Dezember 1931 schwanken zwischen 10,5 und 11 Mill. Einwohnern. — Für das Jahr 1939 wird die Bevölkerung der später abgetretenen Gebiete von E. Chełchowski (Sowiecka gospodarka, S. 13) — bei einer Zuwachsrate von 11 v. H. für die Zeit von 1931—1939 — auf rund 12,1 Mill. Einw. errechnet; sie verteilte sich auf die verschiedenen Nationalitäten wie folgt¹⁶:

Polen	4 407 000,	Juden	1 169 000,	Deutsche	86 000,
Ukrainer	4 756 000,	Russen	116 000,	Tschechen	34 000,
Weißrussen	1 431 000,	Litauer	89 000,	Übrige	12 000.

Diese Bevölkerung hatte in den Jahren 1939—1945 durch unmittelbare Eingriffe der kriegführenden Mächte (von den Kriegsfolgen für die natürliche Bevölkerungsbewegung: erhöhte Sterblichkeit u. ä. ganz abgesehen) bereits eine erhebliche Verminderung erfahren; das genaue Ausmaß ist wegen der unzulänglichen Unterlagen kaum feststellbar. Unmittelbar nach der Eingliederung der Gebiete in die Sowjetunion wurden erhebliche Teile der Bevölkerung — unbekümmert um ihre nationale Zugehörigkeit — von den auch hier, ähnlich wie in den baltischen Staaten, sofort einsetzenden Deportationen in das Innere der Sowjetunion erfaßt. Die Gesamtzahl der Deportierten ist unbekannt; die Angaben darüber schwanken zwischen 0,4 Mill.¹⁷ und 1,5 Mill.

16) Andere Rechnungen ergeben ein ähnliches Verhältnis, wie der folgende Vergleich zeigt (Zahlen für den Stand von 1931):

Abgetretene Gebiete:	Gebiete östlich der Curzon-Linie:	
(Chełchowski, S. 13; umgerechnet)	(Rhode-Wagner Quellen, S. 44)	(Kirkien, Curzon Linie, S. 47)
Polen	3 970 000	3 914 000
Ukrainer	4 285 000	4 010 000
Weißrussen	1 290 000	928 000
Hiesige	— *)	711 000
Juden	1 053 000	nicht genannt
Russen	104 000	102 000
Litauer	80 000	76 000
Deutsche	77 500	80 000
Tschechen	30 000	32 000
Übrige	11 000	16 000
	10 900 000	10 500 000
		10 768 000

*) Die 707 000 „Hiesigen“ der Wojewodschaft Polesie sind von Ch. je zur Hälfte der ukrainischen bzw. weißrussischen Bevölkerung hinzugerechnet worden.

17) Angaben der polnischen Botschaft in Washington (1941 ?) Nach J. B. Schechtman, The Polish-Soviet Exchange of Population. In: Journal of Central European Affairs, Vol. 9, Nr. 3 (Oktober 1949), S. 301.

Deportierten.¹⁸ Die letzte Schätzung ist aller Wahrscheinlichkeit nach zu hoch gegriffen, wenn auch von den Deportationen ganze Gruppen der Bevölkerung, insbesondere der polnischen, betroffen wurden. Nach der Note, die die polnische Exilregierung am 3. Mai 1941 an die Alliierten und Neutralen richtete, wurden deportiert: Beamte, Polizisten, Reserveoffiziere, Richter und Staatsanwälte, Sejmabgeordnete und Politiker, Unternehmer und Gewerbetreibende, Gutsbesitzer und Bauern, aber auch Handwerker und Industriearbeiter, so daß keine Sozialgruppe verschont blieb. Dazu wurden auch die Familien der Deportierten, oft von ihren Ernährern getrennt, in das Innere der Sowjetunion verschickt. — Hinzu kamen Massensexekutionen von polnischen Offizieren, Polizisten u. a.¹⁹

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion im Juni 1941 wurden die Juden, soweit sie nicht rechtzeitig hatten fliehen können, auch hier von den Liquidationskommandos der SS erfaßt. Dieser Teil der Bevölkerung kann überhaupt als vernichtet angesehen werden; die nach der Sowjetunion geflohenen Juden Ostpolens sind nach 1944 hierher nur in Ausnahmefällen zurückgekehrt.

Die deutsche Bevölkerungsgruppe wurde nach dem Deutschen Reich abtransportiert, soweit dies nicht schon auf Grund deutsch-sowjetischer Sondervereinbarungen 1939 geschehen war.

Schließlich sind nach 1941 auch aus diesen Gebieten Arbeitskräfte nach dem Reichsgebiet zwangsverschickt worden, so daß insbesondere die polnische Bevölkerungsgruppe weitere Verminderung erfuhr (diese Menschen sind nach 1945 ebenfalls nicht mehr hierher zurückgekehrt, sondern meist unmittelbar in die 1945 polnischer Verwaltung unterstellten Gebiete Ostdeutschlands gegangen).

Man wird den gesamten Bevölkerungsverlust dieser Gebiete bereits bis Herbst 1944 auf rund 2 Mill. Menschen schätzen können, so daß bei dem erneuten Übergang an die Sowjetunion ihre Bevölkerung nur noch 10 Mill. Menschen oder gar noch weniger betragen haben dürfte. Diese gegenüber ihrem Vorkriegsstande bereits um fast 20 v. H. reduzierte Bevölkerung erfuhr in der Folge eine weitere Verminderung auf Grund der bereits 1944 abgeschlossenen polnisch-sowjetischen Umsiedlungsverträge.

Umsiedlungsverträge wurden — wahrscheinlich auf Veranlassung der Sowjetunion, die durch Schaffung klarer Volkstumsgrenzen künftige Konfliktmöglichkeiten ausschalten wollte²⁰ — von dem Lubliner „Komitee“ mit den Regierungen der Sowjetukraine und Sowjetweißrußlands am 6. Sept. 1944, mit der Regierung Sowjetlitauens am 21. Sept. 1944 abgeschlossen.²¹ Ihr Wortlaut ist nicht veröffentlicht worden, doch ist über ihren Inhalt einiges bekannt geworden²²:

18) Chełchowski, *Sowiecka gospodarka*, S. 13.

19) L. Kirkién, *Russia, Poland and the Curzon Line*. Duns/Berwickshire 1945. S. 41.

20) Schechtman, S. 299.

21) Keesings Archiv, S. 9.

22) Schechtman, der den Wortlaut des Vertrages mit Sowjetlitauen besaß, vermutet, daß dessen Bestimmungen sich in den übrigen Verträgen wiederholten.

Sämtliche Angehörigen polnischen oder jüdischen Volkstums²³, die vor dem 17. Sept. 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besaßen und auf dem Gebiet der drei Sowjetrepubliken ihren Wohnsitz hatten, durften für Polen optieren, um dorthin abwandern zu können. Das entsprechende Recht erhielten die Angehörigen des ukrainischen, weißrussischen oder litauischen Volkstums, die in Polen westlich der neuen Grenze ihren Wohnsitz hatten. Es sollte weder unmittelbarer noch mittelbarer Zwang ausgeübt werden. Die Option bzw. Registrierung, die auch für die in Hausgemeinschaft lebenden Familienangehörigen galt, sollte bis zum 1. Dez. 1944, die tatsächliche Umsiedlung („Repatriierung“) bis zum 1. Apr. 1945 durchgeführt sein. Die Umsiedlungswilligen hatten zweierlei zu beweisen: a) ihre Zugehörigkeit zum polnischen (oder jüdischen) Volkstum sowie den Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit vor dem 17. Sept. 1939.²⁴

Für die Zeit bis zur Ausreise wurden die Umsiedler von Steuern u. a. Leistungen an den Staat befreit. Sie durften Vieh und landwirtschaftliche Geräte, dagegen nicht Möbel, Geld (über 1000 Zł. bzw. Rbl.) und Wertpapiere, Waffen, Fotos (ausgenommen Familienbilder) mitnehmen. Das zurückgelassene Eigentum sollte später erstattet werden.²⁵ Besondere Bestimmungen regelten die Aufnahme im Bestimmungslande; die Sowjetunion verpflichtete sich zum Neuanfang der Umsiedler in Kolchosen, aber auch in Einzelwirtschaften entsprechend ihrem früheren Besitz, bis zur Fläche von 10—16 ha Eigenland.²⁶

Die Abkommen betrafen nur Polen (und Juden) polnischer Staatsangehörigkeit, soweit sie sich in den drei Sowjetrepubliken aufhielten, jedoch nicht die rund 400 000 polnischen Staatsangehörigen (darunter rund 200 000 Juden), die als Flüchtlinge über das gesamte Gebiet der Sowjetunion verstreut waren.²⁷ Für sie wurde ein polnisch-sowjetisches Abkommen vom 6. Juli 1945 abgeschlossen²⁸, das inhaltlich den Septemberverträgen entsprach. Die Umsiedlungsberechtigten, die ihre vielleicht inzwischen erworbene sowjetische Staats-

23) Nach Schechtman (S. 296) waren Juden für die Ausreise nach Polen ausdrücklich genannt; sie wurden dagegen bei der Umsiedlung nach sowjetischem Gebiet nicht erwähnt. Danach war also nur die Umsiedlung der Ukrainer, Weißrussen und Litauer geplant.

24) Polen und Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit, die in den drei Sowjetrepubliken wohnten, konnten also Umsiedlung nicht beantragen. So verblieben dort wahrscheinlich 600—700 000 Angehörige polnischen Volkstums (Schechtman, S. 297).

25) Die Erstattung erfolgte in Polen mit großer Verspätung. Nach Dziennik Polski (London), Nr. 79 vom 2. Apr. 1953, begann erst damals die Bank Narodowy Polski die Ausgabe von polnischen Anleihstücken an Umsiedler und Soldaten zum Ausgleich ihrer Entschädigungsansprüche aus sowjetischen Depotquittungen, Sparbüchern usw.

26) Schechtman, S. 298.

27) Angaben von A. Jaskiewicz, dem Generalsekretär des Verbandes polnischer Patrioten in der Sowjetunion. Die ursprünglich weit höhere Zahl war durch Abtransport der Anders-Armee (75 491 Soldaten mit 37 756 Familienangehörigen), aber auch durch erhöhte Sterblichkeit in sowjetischen Lagern sehr vermindert worden (Schechtman, S. 301).

28) Keesings Archiv, S. 311 E.

angehörigkeit wieder aufgeben durften, sollten ihre Option bis zum 1. Nov. 1945 ausüben²⁹; die Umsiedlung sollte durch den „Verband polnischer Patrioten“ bis zum 1. Jan. 1946 erfolgen. Die Durchführung der gesamten Abkommen vollzog sich trotz Schwierigkeiten recht rasch, wenn auch die ursprünglich genannten Termine nicht eingehalten und mehrfach verlängert wurden.³⁰

Nachdem die Ukrainische Umsiedlungskommission bereits im Oktober 1945 in einigen Städten Ostgaliziens und des Lubliner Gebiets ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, trafen die ersten Umsiedler aus Polen schon im November 1946 auf der Krim oder in Zaporozje ein. — Insgesamt waren bis zum 31. Dez. 1946 zur Umsiedlung nach der Ukraine, Weißrußland und Litauen 136 020 Familien (515 925 Personen) registriert, bis zum 30. Juni 1946 bereits 132 327 Familien (515 998) umgesiedelt. Am 2. Sept. 1946 war die Umsiedlung für die Wojewodschaften Lublin (193 240), Rzeszów (267 380) und Krakau (20 093) bereits beendet. Am 1. Jan. 1947 erwarteten nur noch 3 121 Familien (11 706 Personen) Repatriierung nach der Sowjetunion. Die Umsiedler, bei denen es sich zum weitaus größten Teil um Ukrainer handelte³¹, sind von der Sowjetregierung anscheinend nicht in die neuerworbenen Gebiete, sondern in das Landesinnere gelenkt worden; als Auffanggebiete wurden die Distrikte Cherson, Zaporozje und Odessa genannt.³²

Die Umsiedlung nach Polen begann ebenfalls ohne Verzögerung. Bei den in Wilna, Łuck und Baranowicze errichteten Dienststellen des polnischen Repatriierungsamtes (Państwowy Urząd Repatriacyjny = PUR) waren bis zum 1. Dez. 1945 bereits 1 458 952 Umsiedlungswillige registriert (718 007 aus der Ukrainischen, 390 513 aus der Weißrussischen, 350 432 aus der Litauischen Sowjetrepublik)³³; ihre Zahl hatte sich bis zum 1. Juli 1946 auf 1 595 000 erhöht. Die Umsiedlung setzte im November 1944 ein, als die ersten Züge (bei — 30 °) Baranowicze, Grodno und Wołkowysk in Richtung Westen verließen; sie kam aber zunächst nur langsam in Gang.³⁴ Da die Unterbringung

29) Im Rahmen dieser Umsiedlungsaktionen dürften auch Polen sowjetischer Staatsangehörigkeit mitgekommen sein, wie nach einer Rundfunkrede des polnischen Botschafters Z. Modzelewski in Moskau vom Juli 1945 angenommen werden kann (Schechtman, S. 304).

30) Die Optionstermine wurden bis 1. Jan. 1946 ausgedehnt, die Durchführung der Umsiedlung bis 15. Juni 1946 verlängert (Keesings Archiv S. 523 D). Tatsächlich erfolgten Umsiedlungen auch noch später (1947).

31) Nach Angaben des polnischen Vizeministers W. Wolski am 22. Mai 1947 hatten 483 000 Ukrainer und 30 000 Weißrussen Polen verlassen (Schechtman, S. 306).

32) ebenda, S. 307.

33) ebenda, S. 308. — Es waren überwiegend Frauen (832 660 : 626 292 Männer.) Unter den Registrierten befanden sich 602 456 Kinder und Jugendliche (—18 Jahre), 130 297 über 60 Jahre.

34) Die Umstände waren oft beklagenswert. Die Umsiedler mußten in Güterwagen, sogar in offenen, mit ihrem Vieh (sie brachten bis September 1946 immerhin 76 000 Pferde, 169 000 Stück Rindvieh, 70 000 Schweine, 800 000 Schafe und Ziegen mit) unerträglich lange auf Abstellgleisen zu bringen, nachdem manchmal wochenlanges Warten an den Sammelstellen vor-

der Umsiedler in den altpolnischen Gebieten unüberwindliche Schwierigkeiten aufwarf, konnten Massentransporte erst im Frühjahr 1945 aufgenommen werden, als die sowjetische Januar-Offensive dem Strom polnischer Siedler die deutschen Ostgebiete geöffnet hatte. Seit März 1945 wurden auf Weisung des polnischen Ministerrats Umsiedlungstransporte vom Repatriierungsamt überhaupt nur noch dorthin geleitet.

Insgesamt kamen bis zum Abschluß der Aktion aus den abgetrennten Gebieten 1 239 853 Umsiedler.³⁵ Bis zum 1. Juli 1947 waren es 1 237 163 Umsiedler (Polen und Juden) folgender Herkunft:

	Ukrainische	Weißrussische Sowjetrepublik	Litauische	Insgesamt
1944	117 212	—	—	117 212
1945	511 877	135 654	53 899	701 430
1946	158 435	136 419	123 444	418 298
1947	—	224	—	224
	<u>787 524</u>	<u>272 297</u>	<u>177 343</u>	<u>1 237 164</u> ³⁶

Die Gesamtzahl erreichte knapp 80 v.H. der bereits im Dezember 1945 zur Umsiedlung Registrierten. — Während aber die Zahl der Umsiedler aus der Ukrainischen Sowjetrepublik die Zahl der bis Dezember 1945 Registrierten nicht unwesentlich übertraf, lagen die Verhältnisse in der Weißrussischen und Litauischen Sowjetrepublik anders. Hier waren nur 70 v.H. bzw. gar nur 50 v.H. der Registrierten umgesiedelt worden; in den beiden Republiken harreten noch mindestens 291 318 Registrierte auf ihre Umsiedlung.³⁷ Aus allen übrigen Gebieten der Sowjetunion kamen auf Grund des Vertrages vom Juli 1945 insgesamt 263 413 Umsiedler³⁸; das waren gerade zwei Drittel der erwarteten Zahl von rund 400 000.³⁹

Die Gesamtzahl betrug im Rahmen der organisierten Umsiedlung aus der Sowjetunion 1 503 263; davon waren mindestens 150 000 Juden.⁴⁰ Gerechnet hatte man mit 4—5 Millionen.⁴¹ Selbst unter Einrechnung der 200—250 000 ausgegangen war. Auch auf der polnischen Seite waren die Zustände oftmals nicht besser. Hinzu kam noch die ständige Gefährdung durch Banden (Schechtman, S. 310).

35) Rocznik Statystyczny 1949, S. 26.

36) Schechtman, S. 310.

37) ebenda.

38) Rocznik Statystyczny 1949, S. 26.

39) vgl. S. 402, Anmerk. 27. — Die meisten (226 140) kamen 1946, z. Teil aus den entlegensten Gebieten der Sowjetunion, aus Krasnojarsk, aus Ostsibirien und Kasachstan (Schechtman, S. 310), wo nach anderen Meldungen sich heute noch zahlreiche Polen in Lagern befinden.

40) Von den Juden, die nach der Sowjetunion geflüchtet waren, hatten rund 250—300 000 den Krieg überstanden; 150 000 hatten für Polen optiert. Von ihnen waren bis Herbst 1946 bereits 130 000 zurückgekommen, um möglichst rasch weiterzuwandern (Schechtman, S. 313).

41) Bei der Sitzung des Wissenschaftlichen Rates für die Wiedererlangten Gebiete im Dezember 1946 in Krakau gab H. Kopeć die Zahl der polnisch sprechenden Einwohner der abgetrennten Gebiete (1939) mit 4 222 037 an (nach Schechtman, S. 299). Vgl. auch die Angaben S. 400, Anm. 16, die eher noch höhere Zahlen bieten. Im Jahre 1941 hatte das polnische Concise Statistical

Polen, die in den letzten Kriegsmonaten vor ukrainischen Banden nach Westen geflüchtet waren, und der rund 200 000 Zwangsarbeiter (10 v. H. der Gesamtzahl), die zwar nach Polen zurückkehrten, aber nicht mehr ihre alten Wohnorte wieder aufsuchten, erreichte die Zahl der ehemaligen Bewohner der Ostgebiete, die Polen wiedererlangte, nur rund 2 Mill., also knapp die Hälfte der erwarteten Zahl. Um das für Polen recht enttäuschende Ergebnis zu erklären, hat man u. a. angeführt, daß viele Umsiedlungswillige zurückgewiesen worden seien, weil ihnen der geforderte Nachweis polnischer Abstammung nicht gelungen war, ferner den Umstand, daß in der Weißrussischen und Litauischen Sowjetrepublik kirchliche Stellen möglichst viele Katholiken zurückgehalten hätten.⁴²

In jedem Falle hat die Umsiedlungsaktion — zu der auch noch die besonders laufende Umsiedlung der Wolhynien-Tschechen kam⁴³ — die Bevölkerung der abgetrennten Gebiete mindestens vorläufig, wenn nicht gar bis heute, weiter erheblich vermindert, und zwar wahrscheinlich fast um die Gesamtzahl der polnischen Umsiedler, da wohl nur ein Teil der aus polnischem Gebiet zurückströmenden Ukrainer und Weißrussen an ihrer Stelle angesiedelt worden ist. — Die Gesamtbevölkerung der abgetrennten Ostgebiete dürfte nach Abschluß der Umsiedlung nur noch 8,5—9 Mill. Einw. (= 70—75 v. H. der Bevölkerung bei Kriegsausbruch) betragen haben.

Die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich dadurch wesentlich verändert. Die Juden sind nahezu ganz, die Deutschen und Tschechen überhaupt verschwunden. Die einzige Minderheit bilden heute die Polen, deren genaue Zahl aber nicht zu ermitteln ist. Selbst wenn man für ihren Vorkriegsstand die geringste Schätzungsziffer = $3\frac{1}{4}$ Mill.⁴⁴ ansetzt, dürften nach der Umsiedlung höchstwahrscheinlich noch einige Hunderttausende zurückgeblieben sein; anscheinend mit einer gewissen Häufung in den nordöstlichen Gebieten, für die polnische Schulen u. a. Kultureinrichtungen gemeldet werden.

Aber auch die altansässigen Ukrainer, Weißrussen und Litauer sind in ihrem Bestande angegriffen worden. Sie wurden ebenfalls, wenn auch in geringerem Umfang, „Umsiedlungen“ unterworfen, die als Sicherheitsmaßnahmen oder Repressalien wegen der Zusammenarbeit dieser Gruppen mit der deutschen Besatzung während des Krieges durchgeführt wurden.

Year book of Poland, S. 9, sogar noch von 5 274 000 Polen in den sowjetisch besetzten Gebieten gesprochen (Schechtman, S. 299).

42) Schechtman, S. 312. Nicht ganz abwegig dürfte bei der bekannten Passivität dieser Bevölkerung auch der Hinweis (ebenda, S. 312) sein, daß manche Einwohner einfach aus Passivität unterlassen hätten, die Umsiedlungsmöglichkeiten auszunutzen. Dagegen dürften nur wenige beabsichtigt haben, „der Zukunft vertrauend, auf dem väterlichen Erbe bis zum Ende der sowjetischen Raubherrschaft auszuharren.“ (Dziennik Polski, London, Nr. 50 vom 27. 2. 1952.)

43) Ihre Zahl wurde für die Vorkriegszeit mit 30—32 000 genannt (S. 400). Nach dem Kriege wanderten sie nach der ČSR ab, wobei ihre Zahl sogar mit rund 47 000 angegeben wurde (Katolik, Chicago, vom 5. 6. 1952; vgl. Wiss. Dienst 1953, S. 343). An ihre Stelle kamen Ukrainer aus der ČSR und russische Familien aus Bulgarien (Chełchowski, S. 14).

44) Rhode-Wagner, Quellen . . . , S. 44 Anm.

Über Deportationen und Umsiedlungen, die zunächst aus politischen Erwägungen, später in wachsendem Umfange aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, vorgenommen wurden, liegen aus vielen Teilen der abgetrennten Gebiete Nachrichten vor⁴⁵:

Die in der Litauischen Sowjetrepublik 1948—49 durchgeführten Deportationen politisch unzuverlässiger Elemente, die später auch auf die Mittelbauern ausgedehnt wurden, haben auch das Wilnagebiet betroffen. Im Jahre 1952 wurden rund 50 000 Tataren auf Sowchos-Betrieben im Raum Grodnolida angesetzt; gleichzeitig siedelte man zwischen Grodno und Wolkowysk größere Gruppen von Russen und Ukrainern an, die als Fachkräfte für den Zuckerrübenanbau bezeichnet wurden. Aus der Stadt Wilna wurden in den ersten Nachkriegsjahren bürgerliche Elemente nach dem Innern der Sowjetunion umgesiedelt.

In Galizien und Wolhynien erfolgte nach Rundfunkmeldungen ein Bevölkerungsaustausch zwischen den Bezirken Równe und Tarnopol bzw. den Bezirken Kamieniec Podolsk und Ploskirów, um die Verschiedenheiten zwischen den Gebieten diesseits und jenseits der alten Grenze zu verwischen. Eine erhebliche Zuwanderung aus allen Teilen der Sowjetunion ist in die Städte Galiziens erfolgt; bereits 1947 wurde mitgeteilt, daß man z. B. in Lemberg mehr Russisch als Ukrainisch höre.⁴⁶ Nach anderen Meldungen ist die Mehrzahl der Städte Galiziens bereits völlig überfremdet.

Seit 1953—54 kommt die „freiwillige“ Umsiedlung von Arbeitskräften für die Neulandgewinnung in Mittelasien hinzu. Nach Rundfunknachrichten sind außerdem z. B. aus dem Raum von Grodno Arbeitskräfte nach Karelien und Finnland (für die dortige Holzindustrie) und Kirow abgegangen; mehrfach liegen Nachrichten über die Umsiedlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nach Kasachstan vor. An ihre Stelle treten (in ungenügendem Ausmaß, wie die Klagen über den Mangel an Arbeitskräften zeigen) sowjetische Zuwanderer, ein buntes Gemisch der vielen Nationalitäten der Sowjetunion, um diesen Gebieten ihren Stempel aufzudrücken.

*

Der wirtschaftliche Charakter der abgetrennten Gebiete wurde und wird durch das Land bestimmt, wo vor dem Kriege 82 v. H. der Bevölkerung lebten. Die Land- und Forstwirtschaft dürfte hier trotz deutlich erkennbarer Industrialisierungstendenzen auch weiterhin ausschlaggebend sein. Allerdings ist nach der Eingliederung der Gebiete in die Sowjetunion die Besitzstruktur ihrer Landwirtschaft durch die Kollektivierung völlig geändert worden.

Zunächst (vor der „Volksabstimmung“ am 22. Okt. 1939) verfügte die Sowjetregierung die Aufteilung des größeren Landbesitzes unter die Kleinbauern, um diese für sich zu gewinnen. Die besser bewirtschafteten Güter blieben von der Aufteilung unberührt und wurden Staatsgüter (Sowchose). Nach der Eingliederung der Gebiete begann die Bildung von Kolchosen. Die im Juni

45) Die gebotenen Beispiele beruhen, soweit nicht andere Quellen genannt sind, auf der Arbeit von Chełchowski (S. 14—15), der sich auf die nicht eben erschöpfenden Mitteilungen der Sowjetpresse stützt.

46) Schechtman, S. 307.

durch den Einmarsch der deutschen Truppen unterbrochene Kolchosbildung wurde nach 1944 unverzüglich wieder aufgenommen und mit allem Nachdruck durchgeführt. Bereits 1948 bestanden in den Gebieten, die der Sowjetukraine angeschlossen worden waren (Galizien, Wolhynien), 5 800 Kolchose, die 68 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten; in West-Weißrußland bestanden rund 4 000 Kolchose.⁴⁷ Bis Ende 1951 waren in den „Westgebieten“ der Sowjetukraine und -weißrußlands schon 95 v. H. der Anbaufläche in Kolchosen zusammengeschlossen; die Kollektivierungsaktion konnte praktisch als abgeschlossen gelten.⁴⁸ In der Folgezeit wurde die sowjetische Aktion zur Bildung von Groß-Kolchosen auch auf die ehemaligen polnischen Ostgebiete ausgedehnt. Im Zusammenhang damit wurden die Einzelparzellen der Kolchosmitglieder verringert oder beseitigt; weiter wurde, wie z. B. aus dem Bezirk Mołodeczno gemeldet, ihre private Viehhaltung erheblich eingeschränkt.⁴⁹

Somit ist, von gewissen örtlich begründeten Ausnahmen abgesehen, die Landwirtschaft des Gebiets in ihrer Struktur dem Stande der altsowjetischen Gebiete bereits voll angeglichen. Wie dort, ist auch hier die Kollektivierung von einem (wahrscheinlich von ihr ausgelösten oder doch mindestens geförderten) Leistungsrückgang begleitet.

Die landwirtschaftlichen Erträge waren vor dem Kriege die niedrigsten ganz Polens (eine Ausnahme bildete nur Wolhynien; besonders geringe Erträge lieferten die nördlichen Wojewodschaften Wilna, Nowogródek, Polesie, die heute Sowjetlitauen oder -weißrußland angegliedert sind). Immerhin war eine, wenn auch langsame Steigerung der Erträge auf Grund von Meliorationen unverkennbar. Diese Entwicklung ist durch den Übergang der Gebiete an die Sowjetunion unterbrochen worden. Zwar werden von der Sowjetpresse manche Erfolgsmeldungen gebracht; sie ergeben sich aber lediglich durch Vergleich der heutigen Erträge mit der anomalen Ausgangslage 1944—45 oder beziehen sich auf neue Kulturen (z. B. Mais). Die Zahlen, die für herkömmliche Kulturarten veröffentlicht werden, zeigen einen Rückgang bis zu 20 v. H. gegenüber den geringen Vorkriegserträgen.⁵⁰ Die Gründe sind die in der sowjetischen

47) Dziennik Polski, London, Nr. 39 vom 14. 2. 1952. — Nach einer Erklärung des damaligen Sekretärs der KPdUkr, N. Chrusčëv, schwankte Anfang 1949 der Anteil der Kolchose an der Gesamtzahl der Wirtschaften zwischen 17 v. H. (Bez. Stanislau) und 80 v. H. (Bez. Wolhynien). Bezeichnend für die Art der Durchführung ist ein Hinweis (Izvestija), daß in einem Bezirk in neun Monaten die Zahl der Kolchose von 50 auf 700 stieg.

48) Dziennik Polski, Nr. 277 vom 20. 11 1951. — Die amtliche Bestätigung des Abschlusses der Kollektivierung erfolgte durch den sowjetischen Rundfunk erst mehrere Jahre später (Dziennik Polski, Nr. 33 vom 8. 2. 1954).

49) Chełchowski, S. 33, 34.

50) Dem Kongreß der KPdUkr hat der 1. Parteisekretär Koročenko mitgeteilt: In einem typischen Kreis des Bez. Lemberg wurden in einem guten Jahr von den Kolchosen 8 dz je ha Getreide geerntet, so daß nach Abzug der Ernte- und Transportverluste der Ertrag 7 dz je ha (gegenüber Durchschnittsertrag von 10 dz je ha 1934—37) betrug. Dziennik Polski, London, Nr. 41 vom 27. 2. 1956. Nach Pravda Ukrainy, Kiew, Nr. 212 (Okt.) 1954 haben im Rayon Buczac (Bezirk Lemberg) nur 7 von 20 Kolchosen ihre Normen erfüllt.

Landwirtschaft allgemein geltenden. Im einzelnen werden z. B. genannt: die ungenügende Düngung — der Kunstdüngerverbrauch hat nahezu ganz aufgehört; die Landwirtschaft ist ausschließlich auf Stalldünger angewiesen, dessen Anfall durch den Niedergang der Viehhaltung erheblich verringert ist⁵¹ —, die ungenügende Sorgfalt der Bodenbearbeitung⁵², der Mangel an Arbeitskräften, der durch die nur langsam fortschreitende Mechanisierung nicht behoben werden kann.

Einen Ausgleich soll die Vermehrung der Anbaufläche („Neulandgewinnung“), vor allem durch Trockenlegung der ausgedehnten Sümpfe, erbringen. Hierüber werden des öfteren Erfolgsmeldungen veröffentlicht⁵³, deren Richtigkeit nicht nachgeprüft werden kann. Verschiedene Nachrichten melden die Einführung neuer Kulturen, z. B. von Sonnenblumen im Bez. Brest, von Mais, für den anscheinend besonders der Bez. Stanislau ausgewählt wurde⁵⁴, und der Kautschukpflanze Koksagys.⁵⁵ Sehr gefördert wird auch der Zuckerrübenanbau; zu den alten Anbaugebieten in Wolhynien⁵⁶ kommen neue im Raum von Wołkowysk und Grodno.⁵⁷ Während hier der Zuckerrübenanbau trotz fehlender Voraussetzungen gefördert wird, ist bei einem althergebrachten Zweige der Landwirtschaft dieser Gebiete, dem Flachs anbau, der Rückgang unverkennbar. Anscheinend ist nicht nur die Anbaufläche zurückgegangen, auch die Erträge sind gesunken; gegenüber einem Durchschnittsertrag von 2,6 dz je ha (1938) werden jetzt als Wettbewerbsziele für die Kolchose 2 dz je ha genannt.⁵⁸

51) Nur wenige Kolchose verwandten geringe Mengen Phosphordünger; Stickstoffdünger wurde gar nicht genannt (Chełchowski, S. 34).

52) In den Rayons Nieświcz, Mołodeczno, Oszmiany u. a. unterblieb Tiefpflügung, weil die Motoren zu schwach waren (ebenda S. 35). Mängel der Mechanisierung bzw. ungenügende Ausnutzung der Motoren und Maschinen wurden insbesondere im Bezirk Lemberg beklagt. (Dziennik Polski, London, Nr. 289 vom 8. 12. 1953.)

53) Große Trockenlegungen im Zusammenhang mit der Jasiołda-Regulierung werden aus dem Rayon Telechany (Bezirk Brest) gemeldet (Pravda, Nr. 183 vom 2. 7. 1954). In Wolhynien sollen dadurch bisher 57 000 ha Kulturland gewonnen worden sein; weitere 20 000 ha sind dafür vorgesehen (Pravda, Nr. 109 vom 19. 4. 1954).

54) Rad'anskaja Ukraina, Nr. 40 (17. 2. 1952), die auch die Abneigung der Bauern (z. B. im Bez. Nadworna) gegen diese Kultur erwähnt.

55) Rayons Dawidgródek, Logiszyn, Telechany. (Chełchowski, S. 35.)

56) Diese erleiden hohe Verluste durch Transportmängel. In der Kampagne 1954 lagerten Millionen dz Rüben monatelang unter freiem Himmel (Rad'anskaja Ukraina vom 30. 9. 1954.)

57) Chełchowski, S. 35. Dort wird bemerkt, daß bei früheren Versuchen, zwischen Njemen und Wilna Zuckerrüben anzubauen, infolge der kurzen Vegetationsperiode der Zuckergehalt zu niedrig war und daher das notwendige Kapital für den Anbau nicht erlangt werden konnte.

58) Zvezda, Minsk, vom 17. 5. 1952 — nach Chełchowski, S. 36. Von 18 Rayons, die im Bez. Równe Flachs anbau in größerem Umfang treiben, haben 1954 gerade zwei ihre Anbauverträge erfüllt. (Rad'anskaja Ukraina, Nr. 276, 1954.)

Auch die Viehzucht ist zurückgegangen. Absolute Zahlen werden zwar nicht genannt, doch ist die Tatsache bezeichnend, daß die heutigen Erfolgsmeldungen mit den Zahlen des Jahres 1940 verglichen werden, in dem der Viehbestand außergewöhnlich niedrig war. Vielsagend sind auch die Klagen der Presse, die wiederholt „mehr Fleisch und Milcherzeugnisse“ fordert und erwähnt, daß 1953 die Milcherzeugung gerade um 12 v. H. höher als 1940 gewesen sei.⁵⁹ Grund des Rückgangs sind die noch immer nicht ausgeglichenen Kriegsverluste, die geringe Pflege, vor allem aber die ungenügende Futterbasis.⁶⁰

Über die Forstwirtschaft liegen trotz ihrer großen Bedeutung (rund 4,1 Mill. ha Wald stellten fast 23,8 v. H. der Gesamtfläche dieser Gebiete) praktisch keine Nachrichten vor.⁶¹ Berichtet wird lediglich über die Holz- und Holzverarbeitende Industrie (s. S. 412).

*

Dagegen ist über die Naturschätze der abgetrennten Gebiete bekanntgeworden:

Die Kalisalzlager von Kałusz und Stebnik werden in großem Umfange ausgebeutet; die Förderung (Kunstdünger) geht anscheinend ausschließlich nach den altsowjetischen Gebieten.⁶²

Die Ölfelder von Boryslaw und Drohobycz werden durch den Trust „Ukr-Neft-Dobycz“ ausgebeutet, welcher der Zentralverwaltung „Neft-Prom-Zapadnoi Ukrainy“ in Lemberg unterstellt ist. Dem Trust unterstehen auch die Erdwachs (Ozokerit)-Lager. Es sollen neue Bohrungen unternommen worden sein, wobei aber größtenteils Vorkriegsausrüstung verwandt wurde.⁶³ Die Förderung, für die eine Steigerung von 12 v. H. in den Jahren 1950—1954 gemeldet wird, ist mit rund 500 000 to jährlich angegeben.⁶⁴ Sie geht größtenteils unverarbeitet nach dem Landesinneren; im Rayon Borynia-Użok, nahe der Grenze zu Karpatenrußland, ist ein großes Raffinerien-Kombinat im Bau.⁶⁵

Für das gleichfalls in Galizien gewonnene Erdgas besteht seit 1948 eine Gasleitung von Daszawa nach Kiew, die auch Tarnopol, Berdyczew u. a. Orte

59) Rundfunkmeldungen besagen, daß viele Molkereien der nördlichen Gebiete wegen Rohstoffmangels ihre Pläne nur zu geringem Teil erfüllten, ebenso die Fleischverarbeitungsfabriken in Pińsk, Lida u. a.

60) Chełchowski, S. 36. Ch. verweist auf Mitteilungen bei der Tagung der KP in Mińsk (Herbst 1953), daß viele Wiesen und Weiden des Gebiets mit Busch bewachsen seien. Der Futtermangel habe bewirkt, daß in einigen Kolchosen Bestandsrückgänge erfolgten. Die Notwendigkeit der Verstärkung der Futterbasis wird auch für das Gebiet von Lemberg gemeldet. (Izvestija, Nr. 143 vom 18. 6. 1954.)

61) Lediglich einmal (Izvestija, Nr. 157 vom 4. 7. 1954) wird gemeldet, daß im Bez. Lemberg 34 000 ha neu aufgeforstet worden seien.

62) Chełchowski, S. 24.

63) Es werden erhebliche Reparaturen gemeldet; Pravda Ukrainy, Nr. 261 vom 5. 11. 1954.

64) Chełchowski, S. 24. Das entsprach der Vorkriegsförderung des gesamten Erdölreviers, einschließlich der geringen Förderung der auf polnischer Seite der heutigen Grenze liegenden Felder.

65) Chełchowski, S. 24.

bedient; ihre Verlängerung nach Kriwoj Rog und dem Donezbecken⁶⁶ bzw. nach Moskau ist geplant.⁶⁷ Die Versorgung anderer Orte (Brody, Złoczów) erfolgt durch Behältergas⁶⁸; die industrielle Verwendung zur Kohlenersparnis soll im 6. Fünfjahrplan erhöht werden.

Die Gewinnung von Torf, vor allem in den nordöstlichen Gebieten, soll durch erhöhten Einsatz von Maschinen gesteigert werden.⁶⁹

Bis vor kurzem war damit die Liste der vorhandenen Naturschätze erschöpft; sie erfährt jetzt eine Erweiterung durch Steinkohle.

Vor einigen Jahren sind am Bug (Bez. Lemberg und Wolhynien) ertragreiche Steinkohlevorkommen erschlossen worden. Bei Wladimir Wolynsk wurde eine neue Schachanlage „Nowo-Wolynskij“ erbaut; die Schächte 1—3 fördern bereits, Schacht Nr. 4 ist im Bau und weitere Schächte sind geplant. Von der zweiten Schachanlage Mosty Wielkie (Bez. Lemberg) sollen demnächst zwei Schächte die Förderung aufnehmen.⁷⁰

Die Darstellung von W. L e n y k⁷¹ teilt nach ukrainischen Presse- und Rundfunkmeldungen hierüber u. a. mit: „Bis 1955 war so gut wie nichts über das Lemberger-Wolynska-Kohlenbecken bekannt. 1954 erwähnte die sowjetische Presse Versuchsbohrungen, 1955 erschienen in Kiew plötzlich Berichte und Reportagen, die von enormen Kohlenvorkommen und einem neuen Donezbecken sprachen. . . Das Steinkohlenvorkommen erstreckt sich entlang des Flusses Buh, zwischen den Städten Wolodymyr Wolynsk und Lemberg. Schächte wurden im Rayon Welyki Mosty, Sokal, Tschernowonrad (früher Christinopol), Nowo Ukrainka (früher Wariasch), Radischev und Wolodymyr Wolynsk angelegt. Die ersten Arbeiten begannen 1948 — 40 km von Wolodymyr Wolynsk. Facharbeiter wurden aus dem Donbas, Kusbas und Karaganda herangeholt und 1950 konnten die ersten vier Schächte angelegt werden. . . 1952 wurden sechs weitere Schächte angelegt und in den späteren Jahren der Bau in anderen Kreisen begonnen. Die erste Kohle soll im Herbst 1954 gefördert worden sein. . . . Den Berichten des 19. Kongresses der KPdUkr. . . ist zu entnehmen, daß der ‚Kohlenrausch‘ offenbar verflogen ist. . . . Es wäre aber unrichtig, daraus ein wirtschaftliches Fiasko folgern zu wollen. Bestimmt ist anzunehmen, daß reiche Kohlenvorkommen vorhanden sind (die übrigens schon 1939 von der Firma „Pionier“ entdeckt wurden), es fehlen nur Kapital, Facharbeiter und die notwendigen Maschinen. . .“

Die Förderung des neuen Reviers „Lemberg-Wolhynien“ soll so rasch als möglich auf 6 Mill. t jährlich gebracht werden, um die Donezkohle zu ersetzen und im Bez. Lemberg neugeplante Wärmekraftwerke zu versorgen.⁷² Die geplante Förderung, die den Eigenbedarf der Gebiete (vor dem Kriege

66) ebenda, S. 24.

67) Tägl. Rundschau (Ost-) Berlin, Nr. 120, 25. 5. 1955.

68) Izwestija, 29. 5. 1955.

69) Pravda, Nr. 173, 21. 6. 1952; Chełchowski, S. 25.

70) Pravda, Nr. 193 vom 12. 7. 1955.

71) Galizien unter Hammer und Sichel. In: Der europäische Osten, 2. Jg., 19, Nr. 5, S. 291—293.

72) Aussage des 1. Sekretärs der KPdUkr, Koročenko. (Dziennik Polski, London, 27. 2. 1956.)

rund 0,5 Mill. to jährlich) erheblich überschreitet, dürfte die sowjetische Brennstoffbilanz fühlbar entlasten.

*

Die Industrie lieferte vor dem Kriege vorwiegend nur den Eigenbedarf dieser Gebiete (Ausnahme — die Holzindustrie). Die Beschäftigtenziffer (74 653 Arbeiter in 4762 Betrieben) zeigt die vielen Kleinbetriebe: größere Betriebe bestanden nur in wenigen größeren Städten wie Wilna, Lemberg oder Stanislaw. — Nach der Eingliederung in die Sowjetunion ist eine gewisse Förderung der Industrie, vor allem der Metallindustrie, unverkennbar; es fehlen aber Angaben über Beschäftigtenzahl, Produktion u. dgl.

Die Metallindustrie verfügte im Nordosten, wo sie nur recht schwach entwickelt war, über kleinere Landmaschinenfabriken und Reparaturbetriebe (vor allem in Grodno, dort auch Fahrradfabrik „Njemen“), über deren Wiederaufbau oder Erweiterung kaum etwas gemeldet wird.⁷³ Entwickelter war sie in Ostgalizien, wo auch heute anscheinend der stärkste Ausbau dieses Industriezweiges erfolgt.⁷⁴ In Lemberg entstanden u. a. vier, dem Ministerium für Auto- und Landmaschinenindustrie unterstehende Fabriken; sie erzeugen Landmaschinen („Lwowselmasch“, „Metal“), Bulldozer und Autokräne bis zu 7 to für Tiefbauzwecke, 3 und 5 to-Lastkraftwagen, Anhänger, Fahrräder.⁷⁵ Gießerei und mechanische Werkstätten wurden in Dubno ausgebaut. Für den Bedarf der Eisenbahn entsteht eine große Waggonfabrik (Monatsleistung 2—300 Waggon) in Stryj; hierfür arbeitet auch ein kleineres Reparaturwerk in Stanislaw.⁷⁶

Die Elektro-Industrie besaß vor 1939 das moderne Werk für Rundfunkgeräte „Elektrit“ in Wilna (1 500 Arbeiter); es wurde im Winter 1940—41 mit Arbeitern nach der Sowjetunion verlagert, um nicht mehr zurückzukehren. Über ein neues Werk „Elfa“-Wilna ist Näheres nicht bekannt.⁷⁷

Die früher verhältnismäßig entwickelte Textilindustrie hat durch den Verlust der Leinenindustrie⁷⁸ Rückschläge erfahren. Der Neuaufbau gilt vor allem der Konfektionsindustrie. Nachrichten liegen vor über ein neues Textilkombinat in Grodno⁷⁹, eine Konfektionsfabrik „Lelia“ in Wilna, die größte in den baltischen Staaten⁸⁰, eine Spinnerei in Słonim und eine Konfektionsfabrik in Brest⁸¹, Schuhfabriken in Grodno und Lemberg.⁸² Die Gummi-

73) Die landw. Maschinenfabrik in Grodno ist in Betrieb, während dort sonst vor allem die Textilindustrie ausgebaut wird (Dziennik Polski, London, Nr. 39 vom 14. 12. 1953).

74) Chełchowski, S. 28. — Nach wenig glaubwürdiger Nachricht (Tägliche Rundschau, Berlin, 23. 1. 1955) soll die Zahl der Industriebetriebe gegenüber 1939 auf das Sechsfache gestiegen sein.

75) Pravda, Nr. 141 vom 21. 5. 1955; Izvestija, Nr. 137 vom 11. 6. 1955.

76) Ostprobleme, Nr. 13 vom 1. 4. 1955, S. 522.

77) Chełchowski, S. 28.

78) Eine moderne Fabrik „Wilenka“ (in Nowo Wilejka bei Wilna) wurde 1940—41 nach der Sowjetunion verlagert. Chełchowski, S. 28.

79) Dziennik Polski, London, Nr. 39 vom 14. 2. 1953.

80) ebenda Nr. 122 vom 23. 5. 1953.

81) ebenda Nr. 39 vom 14. 2. 1953.

82) Izvestija, Nr. 82 vom 7. 4. 1955.

fabrik „Ardal“ in Lida, die s. Zt. 1500 Arbeiter beschäftigte, ist kriegszerstört und nicht aufgebaut worden.⁸³

Die Holz- und holzverarbeitende Industrie spielt weiter eine bedeutende Rolle. Die an Raubbau grenzende Ausbeutung der Wälder erfolgt durch „Lespromchoz“, das im Wilnagebiet 11, in der „Westukraine“ 9 Trusts bzw. 114 Betriebe, darunter „Giganten“ („Woroszylskij Kombinat“, „Leskombinat 39“ in Wołkowysk, „Krasnyj Partizan“ in Delatyn) verwaltet. Mit deutschen Demontagemaschinen ausgerüstet und mit Arbeitern aus Lagern arbeitend, erzielen sie „sehr große“ Leistungen. Im Polesie arbeiten kleinere Sperrholzfabriken.⁸⁴ Dazu kommen Verarbeitungsbetriebe: Möbelfabriken in Wilna⁸⁵, Grodno⁸⁶ und Stryj⁸⁷, sowie die Fabrik für fertige Holzhäuser bei Wilna, die vor allem Baku beliefert.⁸⁸

Erwähnt seien noch die Glashütten: die wieder in Gang gesetzte Hütte „Njemen“ bei Baranowicze⁸⁹ und eine neue Fabrik in Lemberg⁹⁰, mehrere neue Zementfabriken in Ostgalizien und Wołkowysk⁹¹ und die neuerichtete Fabrik für Silikatziegel in Wilna.⁹²

Über die Lebensmittelindustrie liegen folgende Nachrichten vor: In vielen Orten sind, wie wiederholte Klagen über ungenügende Planerfüllung zeigen⁹³, Fabriken zur Lebensmittelbearbeitung, z. Teil neu errichtet, tätig. Bemerkenswert ist der Ausbau der Zuckerrfabriken. In dem alten Anbauggebiet sind mehrere neue Fabriken errichtet⁹⁴, dazu weitere Fabriken in dem neuen Anbauggebiet um Grodno.⁹⁵

Das vor dem Kriege vielfach von Juden betriebene Handwerk ist durch die Vernichtung dieses Bevölkerungsteiles schwer geschädigt. Nachteilig wirkte hierfür auch die Sowjetisierung der Wirtschaft.⁹⁶

Für die Energieversorgung des Gebiets, dessen (geringe) Wasserkraftreserven wegen des Fehlens langfristigen Kapitals nur wenig genutzt wurden, sind nach 1944 größere Anlagen wohl nicht entstanden. Wie ver-

83) Chelchowski, S. 28.

84) ebenda, S. 29.

85) Dziennik Polski vom 12. 9. 1953.

86) ebenda, Nr. 39 vom 14. 2. 1953.

87) ebenda, Nr. 84 vom 8. 4. 1954.

88) Chelchowski, S. 30. Danach kein neues Werk, sondern 1926—28 in Nowo Wilejka (jetzt Nowo-Wileńsk) erbaut.

89) ebenda, S. 30.

90) Izwestija, Nr. 121 vom 24. 5. 1955; Erzeugnisse werden bemängelt.

91) Chelchowski, S. 30.

92) Pravda, Nr. 393 vom 20. 10. 1954.

93) Rundfunkmeldungen besagen, daß von den Fleischwarenfabriken Lida 1953 wegen Rohstoffmangel den Plan nur zu 73 v. H., Pińsk zu 77 v. H. erfüllt hat.

94) In Sambor, Krasny, Buczacz; insgesamt in den Bez. Lemberg und Tarnopol ein halbes Dutzend (?) Fabriken. Pravda vom 29. 12. 1954.

95) Chelchowski, S. 30.

96) Im Bez. Równe entstanden nur 23 der 104 geplanten Betriebe, so daß der Bezirk überhaupt keine Reparaturmöglichkeiten für Fahrräder u. a. aufweist. Dziennik Polski, Nr. 258 vom 29. 10. 1952.

schiedene Meldungen zeigen⁹⁷, geht die Tendenz anscheinend dahin, den Bau kleinerer Kraftwerke bei den Kolchosen zu fördern. Genannt wird auch ein größeres Wasserkraftwerk, das mehrere Kolchose (in Litauen und Lettland) zur Versorgung eines größeren Gebiets gemeinsam errichten.⁹⁸ Geplant ist der Bau mehrerer Wärmekraftwerke in Galizien-Wolhynien, gestützt auf die Förderung des neuerschlossenen Kohlereviere.

*

Auch für die Verkehrseinrichtungen des Gebiets sind größere Änderungen bisher nicht festzustellen:

Die Eisenbahnen beschränken sich mit einer Ausnahme auch heute noch auf die schon vor 1939 vorhandenen (und schon vor dem Ersten Weltkrieg festgelegten) Linien.⁹⁹ Bereits während der deutschen Besatzung überall zweigleisig ausgebaut¹⁰⁰, wurden sie unverzüglich auf Breitspur umgenagelt.¹⁰¹ Brücken und Stationseinrichtungen wurden wiederhergestellt, zahlreiche Bahnhöfe neu erbaut.¹⁰² Die Eisenbahnknotenpunkte wurden auf Massenverkehr in Richtung auf altsovjatisches Gebiet umgebaut¹⁰³; als Spurenselbstbahnhöfe dienen Brest-Litowsk (Verkehr mit Polen und der SBZ) sowie Stryj (Verkehr mit Ungarn).¹⁰⁴

Über den Straßenverkehr ist bekannt¹⁰⁵, daß die Sowjets sofort nach Einmarsch den Bau der Autostraßen Minsk (Litauen)-Wilna und Kiew-Lemberg-Boryslaw (diese für Massenverkehr von Petroleum-Tankwagen einge-

97) Chełchowski, S. 26; Dziennik Polski, Nr. 289 vom 8. 12. 1953.

98) Kraftwerk „Družba Narodow“ am Dryświaty-See bei Brasław (früher Woj. Wilna, jetzt Obl. Połock) erbaut durch Kolchose „Molotow“ und „Mickiewicz“ (Litauen) und „Swerdlow“ (Lettland). Chełchowski, S. 27.

99) Nord-Südstrecken: Wilna-Baranowicze-Równne (—Lemberg) und (Białystok—) Brest-Kowel. Dazu die großen Ost-West-Transversalstrecken: (Moskau-Smolensk-) Minsk-Brest (-Warschau) und (Charkow-) Kiew-Berdyczew-Szepetówka-Zdolbunów-Równne. Neu ist anscheinend nur eine Verbindung der altsovjatischen Strecke Osipowicze-Słuck über Kleck mit Baranowicze, so daß unter Umgehung von Minsk eine Strecke Baranowicze-Mohylew-Zentralrußland entsteht. Wie Chełchowski (S. 20) bemerkt, wurde diese Verbindungsstrecke schon von der deutschen Besatzung gebaut.

100) Chełchowski, S. 20.

101) Eine Ausnahme bildete die Strecke Lemberg-Kiew, die längere Zeit auf Normalspur verblieb, um Beutewaggons besser in die Waggonfabrik Kiew-Dariza bringen zu können (Ostprobleme, Nr. 13 vom 1. 4. 1955)

102) Chełchowski, S. 20. Von ihnen werden die besonders zahlreich in Ostgalizien neuerbauten Bahnhöfe recht bemängelt.

103) ebenda, S. 20.

104) „Brest-Litowsk wurde nach dem Kriege zu einem Rangierbahnhof von rd. 6 qkm ausgebaut und ist heute . . . einer der größten russischen Verschiebebahnhöfe. Kowel bildete . . . mit seinen aus dem Boden gestampften 600 Holzhallen jahrelang einen riesigen Umschlagplatz für demontiertes oder beschlagnahmtes Beutematerial, wo sich von der schwersten Industriemaschine bis zur Nähmaschine oder zum Radio alles häufte.“ (R. Toussaint, in: Ostprobleme, Nr. 13, 1. 4. 1955).

105) Chełchowski, S. 21.

richtet) begonnen haben. Die Straßendecken sind ausgebessert, die Brücken beschleunigt ausgebaut worden. Die Hauptchausseen werden von „Arbeiterbrigaden“ sämtlich gut in Ordnung gehalten. — Es wird eine ganze Reihe längerer Autobus-Linien unterhalten.

Die Flugplätze haben, besonders soweit sie militärischen Zwecken dienen, durch Arbeiter aus altsowjetischen Gebieten erheblichen Ausbau erfahren.¹⁰⁶ Hinsichtlich des Zivil-Luftverkehrs ist lediglich bekannt, daß der Flugplatz Lemberg, der als Zwischenlandeplatz der Linie Wien-Budapest-Moskau dient¹⁰⁷, erweitert wurde. Von Lemberg besteht täglich Verbindung mit den Schwarzmeer- und Kaukasus-Kurorten.

Die Binnenschifffahrt hat seit Kriegsende anscheinend eine gewisse Belebung erfahren.

Von den vorhandenen Kanälen¹⁰⁸ ist bisher nur der Königskanal als Teil der großen „Ost-West-Wasserstraße“ ausgebaut¹⁰⁹; der Ausbau des Ogiński-Kanals soll geplant sein.¹¹⁰ Als wahrscheinlich gilt der Bau eines Kanals Wilja-Beresina.¹¹¹ Die übrigen Kanäle werden unter Einsatz von Zwangsarbeitern gereinigt und erneuert. Die Kanalarbeiten stehen wahrscheinlich in Zusammenhang mit den wiederholt erörterten Plänen zur Trockenlegung der Pripjet-Sümpfe, über deren Inangriffnahme bzw. Ausführung nichts Näheres bekannt ist.¹¹²

Für die Schifffahrt (Passagier- und Güterverkehr) auf den Flüssen und Kanälen des Gebietes sollen 1952—1953 zahlreiche neue Fahrzeuge geliefert worden sein.¹¹³

*

Nach der Eingliederung der Gebiete in die Sowjetunion ist auch der kulturelle Überbau, vor allem die Schul- und Bildungseinrichtungen, der Neuordnung nach sowjetischem Muster unterworfen worden.

106) U. a. wurde (nach Chełchowski, S. 22) längs der Strecke Grodno-Mosty, von Polen durch den Njemen getrennt, eine Reihe militärischer Flugplätze errichtet, wobei die altansässige Bevölkerung ihrer Umgebung umgesiedelt wurde.

107) Pravda vom 24. 4. 1955.

108) Es waren: Augustów-Kanal (verb. Njemen über Augustów-Seen mit dem Narew), Königskanal (verb. Pripjet über Pina und Muchawiec mit Bug) und Ogiński-Kanal (verb. Pripjet über Jasiołda, Wyganów-See, Szczara mit dem Njemen), Chełchowski, S. 22.

109) Angeblich für 600 to-Kähne. Chełchowski, S. 23.

110) Trybuna Ludu vom 17. 9. 1952, zit. Chełchowski, S. 22.

111) Dadurch erfolgt Anschluß an die Kanalverbindung Beresina-Düna. Vielleicht ist damit verbunden die Schaffung des Flußhafens Mołodeczno a. d. Usza, die bis zur Wiljamündung reguliert worden ist. Chełchowski, S. 23.

112) Pläne zur Trockenlegung des Gesamtgebiets (40 000 qkm) werden seit langem, u. a. auf dem 19. Kongreß der KPdSU, erörtert. Sie wurden in den neuen „Fünfjahrplan“ aufgenommen (Dziennik Polski, Nr. 39 vom 14. 2. 1955), doch wurden für das Werk, das die strategisch wichtige Barriere beseitigen würde, Abschlußtermine wiederum nicht genannt.

113) Nach unbestätigten Meldungen sind für die Flußhäfen Pińsk, Luniniec und Słonim 1953 rund 80 neue Motorfahrzeuge (250—1000 to) geliefert worden,

Sowjetische Pressenachrichten melden erhebliche Vermehrung der Schuleinrichtungen (ein Gesamtüberblick ist nicht zu gewinnen), wobei aber offen bleibt, wie weit der zahlenmäßigen Steigerung auch die inhaltliche entspricht. Unverkennbar ist die nach sowjetischem Muster erfolgte Spezialisierung zur raschen Gewinnung von Fachkräften für Staat, Partei und Wirtschaft, u. a. durch die zahlreichen „Höheren Lehranstalten“ (WUZ) der verschiedensten Fachrichtungen.

Recht ausführlich sind die Nachrichten über die Entwicklung der beiden Universitäten, welche die Sowjetunion in diesem Raume vorfand.

In Wilna ist die ehemalige „Stefan Báthory-Universität“ zur litauischen „V. Kapsukas-Staatsuniversität“ mit 7 (früher 4) Fakultäten, 66 Lehrstühlen und rund 3 000 Studenten (1952) geworden.¹¹⁴ Sie verfügt über zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen sowie über eine bedeutende Bibliothek (1,2 Mill. Bde). Ihre Leistungen sind kürzlich erheblich bemängelt worden.¹¹⁵

In Lemberg wurde die „Johann Kasimir-Universität“ (deren polnischer Lehrkörper nach Breslau ging) zur „Ivan Franko-Universität“. Zunächst als „Ukrainische“ Universität bezeichnet, ist dies später in Fortfall gekommen. Die Russifizierung der Universität zeigt sich auch darin, daß von den 300 Lehrkräften der 8 Fakultäten nur 66 diesem Gebiet entstammen; der weitaus größte Teil sind Russen.¹¹⁶ Die Zahl der Russen steigt auch bei den Studenten¹¹⁷, da die Universität in wachsendem Maße der Ausbildung sowjetischer Regierungsbeamter dient.¹¹⁸ — Die frühere Technische Hochschule ist 1945 ebenfalls nach Breslau übersiedelt; an ihre Stelle trat ein „Polytechnikum“ (rund 2 000 Studenten). Beide Anstalten hatten 1953 zusammen rund 5 200 Studenten¹¹⁹, bei denen des öfteren „bürgerlicher Nationalismus“ beklagt wird; auch ihre ideologische Ausrichtung wird bemängelt.¹²⁰

In enger Verbindung mit den Universitäten arbeiten die Akademien: in Wilna die Litauische Akademie der Wissenschaften, in Lemberg eine Filiale der Ukrainischen Akademie. In der Arbeit beider Institutionen ist ihre Rolle für die geistige Sowjetisierung des Gebiets, z. B. durch ihren Einsatz für anti-religiöse Propaganda, unverkennbar.¹²¹

dazu eine größere Zahl von Flachbooten (0,25 m Tiefgang) mit Diesel- oder Elektro-Antrieb.

114) Dziennik Polski, London, Nr. 39 vom 14. 2. 1952. Bei einem Personalbestand von 312 Personen werden 30 Professoren und 72 Dozenten genannt (Sov. Litva, Nr. 179 v. 31. 7. 1953).

115) ausführlich Wiss. Dienst 1956, Nr. 4, S. 122—123, nach Sov. Litva.

116) „Der Universitätsrektor ist Russe: Ssawin; bei den Professoren finden wir Namen wie Worovjov, Wolkov u. a. Der erste Rektor, Marčenko (1940) wurde, des ukrainischen Nationalismus verdächtig, nach Kiew versetzt“. (Dziennik Polski, Nr. 54 vom 4. 3. 1952.)

117) 1953 waren von 2 753 Studenten 1 688 Ukrainer, 708 Russen und 357 Polen. (Dziennik Polski vom 4. 3. 1952.)

118) Nach Mitteilung des Dekans der Rechtsfakultät waren die meisten Rechtsstudenten Russen, z. T. aus sehr fernen Teilen der Sowjetunion.

119) Pravda, Nr. 190 vom 9. 7. 1953.

120) Dziennik Polski vom 14. 2. 1952. Nach Rundfunknachrichten waren 1953 von 10 000 Studenten des Bez. Lemberg nur 2 000 Komsomolmitglieder.

121) Für Universität und Akademie in Wilna ausdrücklich gefordert. (Sov.

Dieser Propaganda, gleichzeitig auch der Russifizierung des Landes, dienen neben den Schulen aller Art auch die übrigen Kultureinrichtungen: Ausstellungen, Konzert- und Theatergastspiele aus den übrigen Sowjetrepubliken, Presse und Rundfunk, ferner die nach sowjetischem Vorbilde hier entstandenen „Kulturgruppen“.¹²² Der Erfolg dieser Arbeit ist vorerst wohl nicht allzu hoch einzuschätzen.¹²³

Anders steht es um das äußere Erscheinungsbild, vor allem der Städte. Infolge der Änderung der Straßennamen usw. und der erheblichen Zuwanderung aus altsowjetischem Gebiet¹²⁴ unterscheiden sich die Städte, in denen die Kriegsschäden noch nicht voll behoben sind¹²⁵, wenig mehr von den übrigen Städten der Sowjetunion.¹²⁶ Das gilt gerade für die wichtigsten unter ihnen, für Lemberg oder Wilna.

In Lemberg, für das viele Großbauten gemeldet werden¹²⁷, sind alle Spuren des Polentums beseitigt. Die polnischen Denkmäler (mit einziger Ausnahme des Mickiewicz-Denkmal) wurden nach Polen verbracht, der Friedhof der „Verteidiger Lembergs“ ist zerstört.¹²⁸ Die russische Sprache überwiegt auf den Straßen; die Stadt wirkt russisch, nicht ukrainisch.¹²⁹ Die wenigen Polen, die sich noch in Lemberg aufhalten, treten nicht mehr in Erscheinung.¹³⁰

Ähnlich lauten die Berichte über Wilna, die heutige Hauptstadt und das wichtigste Industriezentrum der Litauischen Sowjetrepublik. Die berühmte „Ostrobrama“ und die Kirchen sind erhalten, doch sind viele von ihnen ge-

Litva, Nr. 25 vom 29. 1. 1956.) Universität und Akademie Lemberg veranstalteten mehrfach Ausstellungen, die dem Kampf gegen Nationalismus und Religion gewidmet waren. (Dziennik Polski vom 21. 1. 1955.)

122) Allein im Bez. Lemberg bestanden 1953 bereits 2 880 „Kulturgruppen“ („Ensembles“) mit 40 000 Mitgliedern, zahlreiche Gruppen auch im Bez. Stanislaw. (Pravda, Nr. 322 vom 18. 11. 1953.)

123) Selbst bei KP-Funktionären (im Bez. Lemberg) wird das ideologische Niveau als ungenügend bezeichnet. Pravda, Nr. 261 vom 26. 9. 1952.

124) Dziennik Polski, Nr. 161 vom 8. 7. 1954. Dazu kommen, z. B. in den Kurorten (Truskawiec, Worchta), viele Besucher aus den entlegensten Gebieten der Sowjetunion: Schlosser aus Udmurtien, Eisenbahner aus dem Altai oder Sachalin. (Pravda vom 7. 5. 1953.)

125) Flüchtlingsberichte über Wilna, Hrubieszów, Stanislaw.

126) In einem Reisebericht über Brest-Litowsk (Frankfurter Zeitung vom 1. 10. 1955) heißt es bezeichnend: „... Der Bahnhof ist ein fast monumentales Bauwerk . . . [sonst aber] sieht man keine Stadt, sondern ein zur Stadt erhobenes Dorf . . . Riesige, schäbige, ärmliche Häuser; Plunder in den Geschäftsauslagen. . . Nur das Haus des Stadtsowjets, das Rathaus, ein großer Steinbaukasten, drückt Macht und Selbstbewußtsein aus. . .“.

127) Izwestija, Nr. 67 vom 19. 3. 1954.

128) Chełchowski, S. 18. Von den Kirchen ist (nach Ostdienst vom 20. 1. 1956) die Bernhardinerkirche heute Magazin.

129) Chełchowski, S. 19, Schechtman, S. 307.

130) Ihr Vorhandensein beweisen polnische Gottesdienste in der lateinischen Kathedrale. Doch ist ihre Zahl schon so gering, daß ein Besuch polnischer Sportler bereits als politisch ungefährlich galt. (Dziennik Polski, Nr. 135 und 161 vom 8. 6. und 8. 7. 1954.)

schlossen oder dienen anderer Bestimmung.¹³¹ Auch hier herrscht die russische Sprache, doch hört man noch viel Polnisch.

In Wilna und im Wilnagebiet leben noch — wie auch eine TASS-Meldung¹³² bestätigt — größere Gruppen von Polen, deren Zahl auf rund 200 000 geschätzt wird.¹³³ Für sie sind zahlreiche Schulen, auch höhere Schulen, geschaffen worden.¹³⁴ In der Litauischen Sowjetrepublik erscheinen nicht weniger als 11 polnische Zeitungen¹³⁵ und polnische Bücher in beachtlicher Auflage.¹³⁶ Für sie werden Bücher aus Polen eingeführt; im Wilnaer „Zentralmagazin“ besteht eine besondere Abteilung für polnische Bücher.¹³⁷ Der Wilnaer Rundfunk sendet auch in polnischer Sprache; in Wilna und anderen Städten werden polnische Vorträge veranstaltet.¹³⁸ Unverkennbar ist die Förderung, die ihnen die Sowjetregierung hier angedeihen läßt, während im Lemberger Gebiet die Russifizierungspolitik viel schärfer ist.¹³⁹

Es ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß dadurch nicht nur nationale Duldsamkeit bewiesen werden soll, sondern auch von der Sowjetunion beabsichtigt sei, ein Gegengewicht gegen den litauischen und weißrussischen Nationalismus zu schaffen.¹⁴⁰ Ob diese Vermutung zutrifft und ob überhaupt der Tatsache, daß in diesen Gebieten heute noch Polen — wider Erwarten als solche anerkannt¹⁴¹ — siedeln, ein besonderes Gewicht zukommt, wird die Zukunft zeigen müssen.

Rudolf Neumann

131) Die Basilika ist Museum, die St. Johann-Universitätskirche Archiv geworden. In der „Ostrobrama“ finden mit seltener Sondererlaubnis Gottesdienste statt. (Chełchowski, S. 19.)

132) zitiert in Dziennik Polski, Nr. 40 vom 27. 2. 1952.

133) St. Skrzypek in Myśl Polska, London Nr. 201 vom 16. Juni 1952.

134) Dziennik Polski, Nr. 40 vom 27. 2. 1952, Sovetskaja Litva, Nr. 302 vom 24. 12. 1955.

135) Dziennik Polski, Nr. 292 vom 6. 12. 1952, davon zwei in Wilna (Czerwony Sztandar, Dziennik Polski).

136) ebenda, Nr. 289 vom 8. 12. 1953.

137) Sovetskaja Litva, Nr. 74 vom 29. 3. 1955.

138) Dziennik Polski, Nr. 40 vom 27. 2. 1952.

139) ebenda Nr. 54 vom 4. 3. 1952.

140) Chełchowski, S. 17; St. Skrzypek, Myśl Polska Nr. 201.

141) vgl. die Absichten der Sowjetunion, klare ethnographische Grenzen zu schaffen, S. 401, Anm. 20.

Das Gesundheitswesen der Tschechoslowakei

Wie alle Gebiete des Lebens war auch das Gesundheitswesen der Tschechoslowakei in den Jahren 1950—1955 einer planmäßigen Sowjetisierung ausgesetzt. „Das sowjetische Gesundheitswesen — unser Vorbild“, unter dieser Losung standen die Anfang März 1951 in Prag veranstalteten Tschechoslowakisch-sowjetischen Ärzte-Tage und unter der gleichen Losung stand die gesamte Arbeit des seit 1948 von Pater Plojhar geleiteten Gesundheitsministeriums.